



STIFTERVERBAND

---

## WAHLPROGRAMM- ANALYSE MECKLENBURG- VORPOMMERN

---

Untersuchung der wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien

---

# INHALT

---

|                                                                                                       |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Executive Summary</b>                                                                              | <b>2</b>  |
| <b>1. Ausgangslage und Zielsetzung</b>                                                                | <b>3</b>  |
| 1.1    Vorbemerkung                                                                                   | 3         |
| 1.2    Kontext: Forschung und Innovation in Mecklenburg-Vorpommern                                    | 3         |
| 1.3    Zielsetzung und methodisches Vorgehen                                                          | 4         |
| <b>2. Wissenschafts- und Hochschulsystem in Mecklenburg-Vorpommern</b>                                | <b>4</b>  |
| <b>3. Innovationspolitik in Mecklenburg-VorPommern</b>                                                | <b>9</b>  |
| <b>4. Fazit: Zukunftsbilder für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Mecklenburg-Vorpommern</b> | <b>15</b> |
| <b>Literaturverzeichnis</b>                                                                           | <b>18</b> |

## EXECUTIVE SUMMARY

Mit der Landtagswahl werden zentrale Weichen für die Wissenschafts- und Innovationspolitik Mecklenburg-Vorpommerns gestellt. Die nächste Landesregierung muss entscheiden, wie Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups stärker zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung des Landes beitragen können. Dabei geht es um eine verlässliche Hochschulfinanzierung und planbare wissenschaftliche Karrieren ebenso wie um Wissenschaftsfreiheit, Transfer, Gründungen und sicherheitsrelevante Forschung. Zugleich bietet die bis 2027 laufende Regionale Innovationsstrategie die Gelegenheit, die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Stärken Mecklenburg-Vorpommerns angesichts digitaler, ökologischer, demografischer und geopolitischer Veränderungen strategisch weiterzuentwickeln.

Aus Sicht des Stifterverbandes braucht das Land ein offenes, resilientes und international anschlussfähiges Wissenschafts- und Innovationssystem, in dem Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft enger zusammenwirken und wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendungen gelangen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit rund 36.000 Studierenden im Wintersemester 2024/2025 über ein kleines, aber profiliertes Wissenschaftssystem. Seine Stärken passen eng zu den Potenzialen des Landes, insbesondere in maritimen Technologien, Energie, Gesundheit sowie Agrar- und Umweltwissenschaften. Bislang gelingt es jedoch nur begrenzt, diese öffentlich getragenen Forschungsleistungen in private Forschung, Gründungen und regionale Wertschöpfung zu überführen. Nach Angaben der Regionalen Innovationsstrategie von 2020 beschäftigen rund 90 Prozent der Betriebe weniger als zehn Mitarbeitende. Im Jahr 2024 investierte die Wirtschaft lediglich 0,18 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung. Die größte Herausforderung besteht daher nicht im Aufbau zusätzlicher Forschungskapazitäten, sondern darin, vorhandene wissenschaftliche Kompetenzen konsequenter für Innovation, Unternehmenswachstum und regionale Wertschöpfung zu nutzen. Dafür müssen Wissenschaft und Unternehmen passgenauer zusammengebracht, wissenschaftsbasierte Gründungen gestärkt und zusätzliches privates Kapital mobilisiert werden. Die Analyse zeigt, dass alle Parteien Wissenschaft und Innovation eine hohe Bedeutung beimessen.

Mehrere Wahlprogramme erfassen die strukturelle Ausgangslage Mecklenburg-Vorpommerns präzise und entwickeln daraus übergreifende oder an regionalen Stärken ausgerichtete Strategien für Hochschulen, Transfer und Gründungen. Andere Programme beschränken sich dagegen auf einzelne Instrumente oder Technologiefelder. Häufig bleibt zudem offen, wie Finanzierung, Personalentwicklung und Transfer dauerhaft miteinander verbunden werden sollen. Die anstehende Fortschreibung der Innovationsstrategie bietet der nächsten Landesregierung daher die Chance, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker bei der Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis zu unterstützen, bestehende Strukturen besser zu orchestrieren und öffentliche wie private Mittel auf wenige standortspezifische Entwicklungsfelder zu konzentrieren. Dazu sollte auch die sicherheitsrelevante Forschung gehören, die trotz der maritimen Kompetenzen und der Lage Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum bislang nur punktuell berücksichtigt wird.

# 1. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

## 1.1 Vorbemerkung

Die vorliegende Analyse der Wahlprogramme zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert sich auf die Wissenschafts- und Innovationspolitik. Sie ist ein zentrales Politikfeld für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Aus Sicht des Stifterverbandes braucht Deutschland ein leistungsfähiges und international anschlussfähiges Wissenschafts- und Innovationssystem, das Wissenschaftsfreiheit als Grundprinzip sichert sowie Offenheit und Vielfalt fördert. Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft müssen eng zusammenwirken, damit aus wissenschaftlichen Erkenntnissen Innovationen entstehen und neue Lösungen in die Anwendung gelangen. Diese Grundprinzipien sind auch für die zukünftige Ausgestaltung der Wissenschafts- und Innovationspolitik in Mecklenburg-Vorpommern von zentraler Bedeutung. Das Forschungs- und Innovationssystem Mecklenburg-Vorpommerns kann dabei durchaus Stärken im Bereich der Wissenschaft vorweisen, die Wirtschaft ist jedoch wenig forschungsaktiv. Entscheidend wird deshalb sein, ob es gelingt, wissenschaftliche Exzellenz, Transfer und regionale Wertschöpfung stärker miteinander zu verbinden.

Die Analyse umfasst die Wahlprogramme aller Parteien, die derzeit im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (mit mindestens Status einer Gruppe) vertreten sind, darunter auch die AfD. Im Bund und in verschiedenen Bundesländern wird die Partei als rechtsextremistischer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextremistisch geführt, da Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorliegen. Dennoch hat sich der Stifterverband für die Einbeziehung des Wahlprogramms der AfD in die Analyse entschieden und deren wissenschafts- und innovationspolitische Positionen nach denselben Kriterien analysiert. Der Stifterverband möchte damit zu einer differenzierten und sachorientierten Auseinandersetzung und Transparenz beitragen.

## 1.2 Kontext: Forschung und Innovation in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist durch seine Küsten- und Seenlandschaft, ausgedehnte Freiflächen und eine überwiegend ländliche Struktur mit geringer Bevölkerungsdichte geprägt (vgl. WM MV 2020, S. 20). Diese Bedingungen tragen dazu bei, dass die Land- und Forstwirtschaft, der Tourismus und die maritime Wirtschaft eine besondere Bedeutung für das Land besitzen (vgl. ebd.). Gleichzeitig erschweren die geringe industrielle Dichte und die kleinteilige Unternehmensstruktur den Aufbau eigener Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sowie die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen (vgl. WM MV 2020, S. 22f.). Hinzu kommen der demografische Wandel, der Fachkräftemangel, die Digitalisierung und der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Zukunftsfelder wie erneuerbare Energien, Wasserstofftechnologien, die Gesundheitswirtschaft und digitale Innovationen eröffnen dem Land jedoch neue Entwicklungsperspektiven (vgl. WM MV 2020, S. 42 ff.). Damit trifft eine begrenzte industrielle Forschungsbasis auf einen wachsenden Bedarf an wissenschaftlich getragenen Innovationen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen kommt deshalb eine besondere Rolle für Innovation und regionale Entwicklung zu.

Welche Antworten die Landespolitik auf diese Herausforderungen gibt, ist von großer Bedeutung. Die Länder verfügen insbesondere in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik über weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten, etwa bei der Finanzierung von Hochschulen, der Ausgestaltung des Hochschulrechts sowie der Forschungs- und Innovationsförderung. Vor diesem Hintergrund geben die Wahlprogramme der Parteien Aufschluss darüber, welche Prioritäten sie für die zukünftige Entwicklung des Wissenschafts- und Innovationsstandorts Mecklenburg-Vorpommern setzen und wie sie Forschung, Transfer und Innovation stärken wollen.

## 1.3 Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Das Ziel dieser Analyse besteht darin, die wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien systematisch zu erfassen und einzuordnen. Sie verbindet die Auswertung der Wahlprogramme mit einer standortbezogenen Perspektive und arbeitet unterschiedliche Leitbilder sowie politische Handlungsansätze heraus.

Die Analyse gliedert sich in zwei Bereiche: Erstens untersucht sie das Wissenschafts- und Hochschulsystem mit den Schwerpunkten Finanzierung und wissenschaftliche Karrieren sowie Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie. Zweitens betrachtet sie die Innovationspolitik mit den Schwerpunkten Kooperationen, Transfer und Start-ups sowie Resilienz und sicherheitsrelevante Forschung. Diese Themen bilden einen für das Forschungs- und Innovationssystem besonders relevanten, aber nur einen begrenzten Ausschnitt ab. Die ausgewählten Parteipositionen werden auf Grundlage der jeweiligen Wahlprogramme möglichst originalgetreu paraphrasiert. Bei der Darstellung der Parteipositionen werden die Regierungsparteien zuerst aufgeführt, anschließend folgen die Oppositionsparteien in der Reihenfolge ihrer Stimmenanteile bei der vergangenen Landtagswahl.

## 2. WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULSYSTEM IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

### 2.1 Analyse Ausgangslage

**Wenige Standorte, starkes universitäres Profil.** Die Hochschullandschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist im Bundesvergleich klein: Mit 36.026 Studierenden belegt das Land Platz 15 von 16 Bundesländern (CHE 2026). Gleichzeitig konzentriert sich die Hochschullandschaft stark auf wenige Standorte, insbesondere Rostock, Greifswald (beide inklusive Universitätsmedizin), Wismar, Neubrandenburg und Stralsund. Daneben sind zwei Fraunhofer-Institute/Einrichtungen, fünf Leibniz-Institute sowie weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt und Max-Planck-Gesellschaft) im Land angesiedelt. Der Anteil der Promotionen an allen Abschlüssen liegt bei 7 Prozent und damit über dem Bundesdurchschnitt.

**Passende Forschungsprofile, begrenzte wirtschaftliche Verwertung.** Auffällig ist, dass die MINT-Landschaft an den Hochschulen eng an die wirtschaftlichen Spezialisierungen des Landes gekoppelt ist: maritime Technologien, Gesundheitsforschung, Energietechnologien, Agrar- und Umweltwissenschaften. Gleichzeitig zeigen die rückläufigen Studierendenzahlen und die geringe Zahl technologieorientierter Unternehmensgründungen, dass die wissenschaftliche Stärke bislang nur begrenzt in wirtschaftliche Innovationskraft übersetzt wird. Die Hochschulen erzeugen zwar relevantes Wissen und überdurchschnittlich viele Promotionen gemessen an ihrer Größe, jedoch fehlt häufig die industrielle Basis, um daraus neue Unternehmen, Patente und privatwirtschaftliche FuE-Aktivitäten vor Ort entstehen zu lassen.

Neben dieser Herausforderung verweist die Regionale Innovationsstrategie auch auf Defizite beim konkreten Matching: Die Forschungsprofile der Hochschulen und die Bedarfe einzelner regionaler Unternehmen passen nicht immer hinreichend zusammen. Zugleich greifen Unternehmen bei FuE-Kooperationen teilweise auf bestehende Kontakte zu Hochschulen außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns zurück, wodurch die regionale Wirkung der Wissenschaft begrenzt bleibt (vgl. WM MV 2020, S. 31).

**Dominanz öffentlicher Finanzierung.** Die Grundfinanzierung der Hochschulen wird durch das Land Mecklenburg-Vorpommern getragen und durch eingeworbene Drittmittel ergänzt. Seit 2026 gelten neue Zielvereinbarungen für den Zeitraum bis 2030. Diese setzen Schwerpunkte unter anderem bei der Internationalisierung von Forschung und Lehre, der Fachkräftesicherung, dem Ausbau profilbildender Forschungsfelder sowie dem Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Landesregierung

verstehen die Hochschulen ausdrücklich als zentrale Akteure für Innovation, regionale Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns.

Die Drittmittel der Hochschulen stammen überwiegend aus öffentlichen Quellen. Rund 40 Prozent der Drittmiteleinnahmen stammen aus der Forschungsförderung des Bundes, insbesondere aus Programmen der Bundesministerien. Damit weist Mecklenburg-Vorpommern bundesweit den höchsten Anteil von Bundesmitteln an den Drittmiteleinnahmen der Hochschulen auf. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) trägt weitere rund 25 Prozent bei (DFG 2024). Dieser Wert liegt unter dem Bundesdurchschnitt von etwa 32 Prozent. Insgesamt dominieren damit öffentliche Fördergeber wie Bund, DFG, Land und EU die Forschungsfinanzierung der Hochschulen. Private Drittmittel aus der Wirtschaft, von Stiftungen oder anderen privaten Geldgebern spielen dagegen eine vergleichsweise geringe Rolle. Dies spiegelt die überwiegend KMU-geprägte Wirtschaftsstruktur des Landes wider. Die Hochschulen sind daher in besonderem Maße auf wettbewerblich vergebene öffentliche Forschungsförderung angewiesen.

**Hochschulautonomie und institutionelle Resilienz.** Die Hochschulen verfügen über umfassende Selbstverwaltungsrechte und können ihre akademischen Angelegenheiten eigenständig gestalten. Mit der Hochschulgesetznovelle von 2026 wurden die Hochschulautonomie weiter gestärkt und bürokratische Vorgaben reduziert. Zudem erhielten Hochschulen für angewandte Wissenschaften erweiterte Möglichkeiten, für forschungsstarke Fachbereiche ein eigenes Promotionsrecht zu beantragen.

Angesichts des demografischen Wandels und der vergleichsweise geringen Forschungsintensität der regionalen Wirtschaft haben die Hochschulen eine besondere Bedeutung für die Fachkräftesicherung und die Forschungsleistung des Landes. In den Eckwerten der Hochschulentwicklung 2026 bis 2030 sowie den aktuellen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden wissenschaftliche Qualifizierung, Karrierewege, Generationenwechsel, Gleichstellung und die Erhöhung des Frauenanteils auf Qualifikationsstellen und Professuren als wichtige Handlungsfelder benannt.

## 2.2 Finanzierung der Wissenschaft und wissenschaftliche Karrieren

Angesichts der geringen privaten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten kommt den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung für Innovation, Fachkräftesicherung und regionale Entwicklung zu. Die Parteiprogramme sind daher nicht nur daran zu messen, wie sie Hochschulen finanzieren wollen, sondern auch daran, welchen Beitrag sie ihnen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes zuschreiben.

### 2.2.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **SPD** beschreibt Hochschulen und Forschungseinrichtungen als zentrale Innovationsmotoren, die Fachkräfte ausbilden, regionale Wertschöpfung stärken und junge Menschen im Land halten sollen. Sie kündigt zusätzliche, gezielte Investitionen an und will den Hochschulbaukorridor auch nach 2030 auskömmlich ausstatten. Bei den wissenschaftlichen Karrierebedingungen setzt sie auf Tarifbindung, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte und die Prüfung zusätzlicher entfristeter Stellen für Postdocs. Forschungsstipendien, Graduiertenkollegs und die Landesexzellenzinitiative sollen fortgeführt werden (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 71, 73–75).

Die **Linke** verbindet eine starke Hochschulfinanzierung mit sozialer Sicherheit für Studierende und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Als zusätzliche Einnahmequelle lehnt die Linke die Gebühren für internationale Studierende ab. Für wissenschaftliche Karrieren stehen Dauerstellen für Daueraufgaben, verlässliche Karrierewege jenseits der Professur und eine tariflich abgesicherte Beschäftigung einschließlich eines studentischen Tarifvertrags im Mittelpunkt. Darüber hinaus sollen die Mitbestimmungsrechte der verschiedenen Statusgruppen gestärkt werden (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 17).

Die **AfD** sieht eine unzureichende Grundfinanzierung als Problem und fordert, dass Drittmittel zusätzliche wissenschaftliche Leistungen fördern, statt Finanzierungslücken des Landes auszugleichen. Zugleich will sie für Studierende aus Nicht-EU-Staaten fachabhängige Studiengebühren von mindestens 1.500 Euro pro Semester einführen. Zur Begründung verweist sie auf deren erhöhte Studienabbruchquote und die Rückkehr vieler internationaler Studierender in ihre Herkunftsländer. Aussagen zu wissenschaftlichen Karrierewegen oder Beschäftigungsbedingungen enthält der vorliegende Ausschnitt nicht (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 34 f.).

Die **CDU** diagnostiziert einen Sanierungsstau und einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf für Forschung, Lehre, Digitalisierung und Hochschulbau. Sie will die Landesmittel um mindestens 20 Prozent beziehungsweise 80 Millionen Euro erhöhen, um diese zusätzliche Mittel für exzellente Forschung, den Ausbau von Forschungsschwerpunkten, zusätzliche Lehrstühle und Studiengänge, den laufenden Betrieb sowie den Hochschulbau bereitzustellen. Eine höhere Grundfinanzierung soll außerdem den digitalen Wandel unterstützen („Digitalpakt Hochschule“); auch beim Einwerben von Drittmitteln und bei der Beteiligung an Exzellenzprogrammen sollen die Hochschulen mehr Landesmittel erhalten. Konkrete Maßnahmen zu wissenschaftlichen Karrierewegen oder Beschäftigungsbedingungen werden im vorliegenden Ausschnitt nicht genannt (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 62).

Die **Grünen** beschreiben steigende Kosten, eine sanierungsbedürftige Infrastruktur und fehlende Planungssicherheit als zentrale Belastungen für die Hochschulen. Sie fordern eine dynamische Grundfinanzierung, langfristige Zielvereinbarungen sowie ein mehrjähriges Investitionsprogramm für Hochschulbau und Infrastruktur. Wissenschaftliche Karrieren sollen durch mehr unbefristete Stellen nach dem Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ und bessere Arbeitsbedingungen für Promovierende gestärkt werden. Weitere Schwerpunkte sind die psychische Gesundheit von Studierenden sowie Qualifizierungsprogramme für Professorinnen, Professoren und andere Lehrverantwortliche (vgl. Die Grünen-Wahlprogramm, S. 35–37).

Die **FDP** will die finanzielle Eigenverantwortung der Hochschulen stärken und ihnen größere Spielräume bei Budget-, Personal- und Lehrentscheidungen einräumen. Dazu schlägt sie Globalhaushalte vor und wendet sich gegen Zwangsrücklagen sowie gegen eine nachträgliche Aufhebung der Zweckbindung bereits gebildeter Rücklagen. In der Hochschulmedizin sollen die verfügbaren Mittel innerhalb des Wissenschaftsetats klar priorisiert werden. Konkrete Vorschläge zu Befristungen, wissenschaftlichen Karrierewegen oder Beschäftigungsbedingungen enthält der vorliegende Ausschnitt nicht (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 13 f.).

### 2.2.2 Analyse und Einordnung

Insgesamt erkennen die Parteien die Bedeutung eines leistungsfähigen Wissenschaftssystems an, unterscheiden sich jedoch deutlich in der Tiefe ihrer Problemanalyse und im strategischen Charakter ihrer Vorschläge. Die SPD reflektiert die besonderen Herausforderungen Mecklenburg-Vorpommerns umfassend, indem sie Wissenschaft mit Fachkräftesicherung, regionaler Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit verbindet und zugleich unsichere wissenschaftliche Karrierewege als Problem erkennt. Offen bleibt jedoch, wie sie die dafür erforderlichen zusätzlichen Investitionen langfristig absichern will. Die Linke betrachtet Hochschulen vor allem als soziale Lebens- und Arbeitsorte und setzt einen klaren Schwerpunkt auf soziale Absicherung und gute Beschäftigungsbedingungen. Der Zusammenhang mit der Forschungsleistung und wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit des Landes tritt dabei in den Hintergrund.

CDU und Grüne entwickeln am ehesten Ansätze für eine langfristige finanzielle und infrastrukturelle Stabilisierung der Hochschulen. Während die CDU ihre Vorhaben als einzige Partei mit einem konkreten zusätzlichen Finanzierungsvolumen unterlegt, erfassen die Grünen die bestehenden Finanzierungs-, Infrastruktur- und Beschäftigungsprobleme besonders umfassend, ohne jedoch deren Gegenfinanzierung zu klären. Die AfD und die FDP setzen sich deutlich weniger mit den strukturellen Finanzierungsproblemen und wissenschaftlichen Karrierewegen auseinander.

Die von der AfD vorgeschlagenen Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten können zudem die internationale Attraktivität und Anschlussfähigkeit des Wissenschaftsstandorts beeinträchtigen. Die Partei begründet ihren Vorschlag mit höheren Studienabbruchquoten und der Annahme, dass viele internationale Studierende nach dem Abschluss Deutschland wieder verlassen. Aktuellere bundesweite Daten zeigen jedoch ein anderes Bild: Bei internationalen Studierenden liegen die Abbruchquoten in den ersten drei Studiensemestern bei 16 Prozent im Bachelor und 9 Prozent im Master. Bei deutschen Studierenden betragen sie 13 beziehungsweise 6 Prozent und liegen damit jeweils nur 3 Prozentpunkte niedriger. Zugleich weist Deutschland neben Kanada eine der höchsten Verbleibsquoten internationaler Studierender auf. Spezifische Daten für Mecklenburg-Vorpommern liegen allerdings nicht vor, sodass die bundesweiten Werte eine Orientierung bieten können (vgl. DAAD 2025a; DAAD/DZHW 2025b)

### **Position des Stifterverbandes**

Aus Sicht des Stifterverbandes reicht die Debatte über die Höhe der Hochschulfinanzierung allein nicht aus. Entscheidend ist, Finanzierung, Personalentwicklung, Infrastruktur und Transfer zu einer gemeinsamen Strategie für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Mecklenburg-Vorpommern zu verbinden. Eine verlässliche Grundfinanzierung bildet hierfür die Voraussetzung. Sie sollte durch wettbewerbliche Förderinstrumente, Kooperationen mit Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine stärkere Vernetzung mit Förderprogrammen des Bundes und der Europäischen Union ergänzt werden.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt trotz seiner vergleichsweise kleinen Wissenschaftslandschaft über leistungsfähige Hochschulen. Um deren Wirkung für Innovation und Wertschöpfung zu erhöhen, sollten Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft gezielt gestärkt werden. Wissenschaftliche Karrierewege sind für Mecklenburg-Vorpommern dabei nicht nur eine hochschulpolitische Frage. Angesichts des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und der vergleichsweise kleinen Wissenschaftslandschaft entscheiden attraktive Karrierebedingungen wesentlich darüber, ob das Land wissenschaftliche Talente gewinnen und halten kann. Sie sind damit zugleich ein wichtiger Faktor für Innovationsfähigkeit, Transfer und regionale Entwicklung.

## **2.3 Resilienz des Wissenschaftssystems und Wissenschaftsfreiheit**

Ein resilientes Wissenschaftssystem schützt die Wissenschaftsfreiheit und sichert zugleich langfristig leistungsfähige wissenschaftliche Strukturen. Dazu gehören die digitale Handlungsfähigkeit der Hochschulen, die Gewinnung wissenschaftlicher Fachkräfte sowie die Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse offen und vertrauenswürdig für Gesellschaft und Wirtschaft nutzbar zu machen.

### **2.3.1. Parteiprogramme im Überblick**

Die **SPD** versteht Wissenschaftsfreiheit als Grundlage guter Forschung und Lehre und will Forschende dabei unterstützen, unabhängig von äußerem Druck zu arbeiten. Gemeinsam mit den Hochschulen soll das Wissenschaftssystem resilienter gestaltet werden. Dazu will die Partei den Zugang zu wissenschaftlichem Wissen und dessen langfristige Sicherung verbessern, indem sie die wissenschaftlichen Bibliotheken stärkt, ein digitales Pflichtexemplar einführt sowie Open Access, Open Science und das Forschungsdatenmanagement ausbaut (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 72, 75).

Die **Linke** will die Wissenschaftsfreiheit vor politischen, wirtschaftlichen und autoritären Eingriffen schützen und die Resilienz der Hochschulen durch ein eigenes Berufungsrecht sowie eine Reform der Rahmenfinanzierung stärken. Zugleich fordert sie eine bessere Grundausstattung und zusätzliche Verwaltungsstellen, damit Hochschulen ihre wachsenden Aufgaben erfüllen können. Wissenschaft soll unabhängig arbeiten, zugleich aber gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und stärker mit Gesellschaft, Kommunen und Praxis kooperieren (vgl. Wahlprogramm Die Linke, S. 17 f.).

Die **AfD** fordert im Zusammenhang mit landeseigenen Forschungseinrichtungen im Bereich Landwirtschaft, dass Forschung frei von politischer Einflussnahme erfolgen soll. Eine darüber hinausgehende Position zur Wissenschaftsfreiheit im Wissenschafts- und Hochschulsystem formuliert sie nicht (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 75)

Die **CDU** will Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie durch eine Reform des Hochschulgesetzes sowie den Abbau von Genehmigungsvorbehalten und Bürokratie stärken. Die Hochschulen sollen insbesondere in den Bereichen Studium und Lehre, Personal, Haushalt und Bau mehr Eigenständigkeit erhalten. Gemeinsame digitale Infrastrukturen und wissenschaftliche Ressourcen sollen Qualität und Sicherheit verbessern, ohne die Autonomie der einzelnen Hochschulen bei standortspezifischen Lösungen einzuschränken (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 63 f.).

Die **Grünen** wollen die Resilienz des Wissenschaftssystems vor allem durch offene Wissenschaft, öffentlich finanzierte Publikations- und Dateninfrastrukturen sowie den Ausbau digitaler Forschungs- und Lehrinfrastrukturen stärken. Open Access soll zu einer umfassenden Open-Science-Strategie weiterentwickelt und das Forschungsdatenmanagement landesweit ausgebaut werden. Zukunftstechnologien sollen unter Wahrung der Wissenschaftsfreiheit und bei verantwortungsvoller Abwägung ihrer Folgen gefördert werden (vgl. Wahlprogramm Die Grünen, S. 37).

Die **FDP** will die Hochschulautonomie durch größere Entscheidungsfreiheit in Personal-, Lehr-, Budget-, Bau- und Organisationsfragen sowie durch Globalhaushalte ausweiten. Wissenschaftsfreiheit verbindet sie mit einer offenen Debattenkultur, die alle Meinungen und Positionen einschließt, solange die Grenzen des Grundgesetzes und des Strafrechts eingehalten werden. Darüber hinaus will sie Hochschulen von Bürokratie entlasten, internationale Ausrichtungen fördern sowie digitale Zugänge und Bibliotheksverbünde stärken (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 13 f.).

### 2.3.2 Analyse und Einordnung

Fast alle Parteien erkennen, dass die Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftssystems neben Wissenschaftsfreiheit auch offene Wissenszugänge, digitale Infrastrukturen und stärkere Vernetzung voraussetzt. Damit greifen sie zentrale Herausforderungen Mecklenburg-Vorpommerns auf: die unzureichende Vernetzung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den begrenzten Austausch mit Wirtschaft und Gesellschaft. Die Parteiprogramme verbinden mit Resilienz unterschiedliche Vorstellungen: Schutz wissenschaftlicher Freiheit, institutionelle Autonomie, digitale Handlungsfähigkeit, offene Wissensinfrastrukturen oder gesellschaftliche Einbindung von Wissenschaft. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die vorgeschlagenen Maßnahmen aus.

SPD und Linke verfolgen ähnliche Ansätze, indem sie Resilienz als Schutz vor äußerem beziehungsweise politischem Druck verstehen und mit einer stärkeren Öffnung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft verbinden. Die Grünen formulieren mit Open-Science-Vorhaben und dauerhaft tragfähigen digitalen Infrastrukturen die klarste langfristige Strategie, lassen deren organisatorische und finanzielle Umsetzung jedoch offen. Auch die CDU legt konkrete Vorhaben für Digitalisierung und Hochschulautonomie vor. Unklar bleibt aber, wie das Hochschulgesetz geändert werden soll und welche Risiken oder Zielkonflikte daraus entstehen könnten. Die FDP erkennt den Bedarf an größerer Autonomie und offenen Debatten, entwickelt daraus jedoch keine erkennbare Resilienzstrategie. Bemerkenswert ist schließlich, dass die AfD Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie trotz ihres programmatischen Fokus auf Freiheit und Schutz vor staatlicher Einflussnahme kaum behandelt.

### Position des Stifterverbandes

Aus Sicht des Stifterverbandes ist Wissenschaftsfreiheit eine zentrale Voraussetzung für wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, Innovation und gesellschaftliches Vertrauen. Die Landespolitik sollte sie durch verlässliche Finanzierung, transparente und wissenschaftsgeleitete Entscheidungsverfahren sowie starke autonome Institutionen sichern. Zugleich sollte sie Hochschulen dabei unterstützen, den Dialog und die Zusammenarbeit mit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auszubauen. Wissenschaftskommunikation, Beteiligungsformate und transparente Forschungsprozesse können Vertrauen stärken, regionale Bedarfe aufgreifen und wissenschaftliche Erkenntnisse breiter nutzbar machen. Ziel sollte ein offener, gesellschaftlich verankerter und resilienter Wissenschaftsstandort sein, der seine Autonomie wahrt und zugleich auf politische, digitale und geopolitische Veränderungen vorbereitet ist.

## 3. INNOVATIONSPOLITIK IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

### 3.1 Analyse Ausgangslage

**Herausforderungen für Kooperationen und Transfer.** Mecklenburg-Vorpommern verfügt über leistungsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie klar definierte Innovationsschwerpunkte. Gleichzeitig zählt das Land bei zentralen Innovationsindikatoren weiterhin zu den strukturell schwächeren Bundesländern (BMFTR 2026). Die größte Herausforderung besteht weniger im Aufbau zusätzlicher Forschungskapazitäten als darin, vorhandene wissenschaftliche Kompetenzen besser für marktfähige Innovationen, technologieorientierte Gründungen und private Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu nutzen.

Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der Wirtschaftsstruktur des Landes. Die Wirtschafts- und Innovationsstrategie verweist auf die starke Dominanz kleiner und kleinster Unternehmen: Demnach beschäftigen rund 90 Prozent der Betriebe weniger als zehn Mitarbeitende (vgl. WM MV 2020, S. 37). Forschungsintensive Großunternehmen, Unternehmenszentralen und industrielle Forschungskapazitäten sind vergleichsweise selten. Viele Unternehmen verfügen über keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und agieren eher als Technologieanwender als Technologieentwickler (vgl. WM MV 2020, S. 33).

**FuE-Ausgaben werden hauptsächlich öffentlich getragen.** Dies spiegelt sich in den FuE-Ausgaben wider. 2024 betrugen die FuE-Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern 1,38 Prozent des BIP und damit weniger als die Hälfte des Bundesdurchschnitts von 3,17 Prozent (SV Wissenschaftsstatistik 2026). Besonders gering fällt der Beitrag der Wirtschaft aus: Unternehmen investierten lediglich 0,18 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung, bundesweit sind es 2,14 Prozent. Forschung wird im Land daher vor allem von Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen getragen. Die geringe Forschungsintensität der Unternehmen zählt zu den größten innovationspolitischen Herausforderungen Mecklenburg-Vorpommerns.

Vor diesem Hintergrund kommt dem Wissens- und Technologietransfer eine besondere Bedeutung zu. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind auf externe Forschungspartner angewiesen, verfügen jedoch häufig über wenig Kontakt zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Informationsdefizite, fehlende Netzwerke und unterschiedliche Anreizstrukturen erschweren den Austausch zusätzlich. Die zentrale innovationspolitische Aufgabe besteht daher darin, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken und die vorhandenen Forschungsleistungen stärker in regionale Wertschöpfung zu überführen. Entscheidend ist daher nicht nur die Qualität der Forschung, sondern die Leistungsfähigkeit der Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Unternehmen, Gründungen und Kapitalgebern.

**Technologische Stärken mit wirtschaftlichem Potenzial.** Mecklenburg-Vorpommern setzt auf eine gezielte technologische Spezialisierung. Die Regionale Innovationsstrategie konzentriert sich auf die Schwerpunkte

erneuerbare Energien und Wasserstofftechnologien, Medizintechnik und Biotechnologie sowie Maschinen- und Anlagenbau. Ergänzt werden diese durch die Querschnittsfelder Digitalisierung und Bioökonomie. Mit diesen Schwerpunktsetzungen knüpft das Land an bestehende wissenschaftliche und wirtschaftliche Kompetenzen an.

Besonders sichtbar sind die Stärken Mecklenburg-Vorpommerns in der Energie- und Gesundheitsforschung. Im Energiebereich verfügt das Land über hervorragende Voraussetzungen durch die Offshore-Windenergie, den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft sowie starke Forschungskapazitäten an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen. Internationale Sichtbarkeit besitzt insbesondere das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald mit der Fusionsforschungsanlage Wendelstein 7-X. Gleichzeitig bieten der Rostocker Hafen und die maritime Industrie wichtige Anknüpfungspunkte für die Entwicklung neuer Energie- und Wasserstofftechnologien.

Auch die Gesundheitsforschung gehört zu den wissenschaftlichen Stärkefeldern des Landes. Mit den Universitätsmedizin in Rostock und Greifswald sowie dem Helmholtz Institute for One Health verfügt Mecklenburg-Vorpommern über profilierte Forschungseinrichtungen in den Bereichen Präventionsforschung, Epidemiologie und Infektionsmedizin. Diese Kompetenzen bieten erhebliche Potenziale für Innovationen in den Lebenswissenschaften und der Gesundheitswirtschaft.

Für die Innovationspolitik ergeben sich daraus besondere Chancen, da diese Forschungsprofile eng mit bestehenden wirtschaftlichen Potenzialen des Landes verknüpft sind. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, wissenschaftliche Erkenntnisse systematisch in neue Produkte, Dienstleistungen, Ausgründungen und regionale Wertschöpfung zu überführen.

**Relevanz der sicherheitsrelevanten Forschung steigt.** Neben den etablierten Spezialisierungsfeldern gewinnen infolge der sicherheitspolitischen Zeitenwende auch sicherheitsrelevante Forschungs- und Innovationsbereiche an Bedeutung. Mit dem Marinekommando in Rostock, maritimen Industriekompetenzen sowie Forschungsaktivitäten in den Bereichen Meerestechnik, Sensorik, autonome Systeme und Digitalisierung verfügt Mecklenburg-Vorpommern über günstige Voraussetzungen für ein maritimes Sicherheits- und Verteidigungsökosystem. Insbesondere im Bereich sicherheitsrelevanter Technologien könnten sich für Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen neue Kooperations- und Innovationspotenziale ergeben. Die Universität Rostock und der Ocean Technology Campus nehmen hierbei bereits heute eine wichtige Rolle ein.

**Schwach ausgeprägtes Gründungsökosystem.** Wissenschaftliche Ausgründungen gelten als wichtiger Transferkanal. Mecklenburg-Vorpommern liegt jedoch sowohl bei technologieintensiven Gründungen als auch bei Start-up-Neugründungen im Bundesvergleich im hinteren Feld. Trotz einzelner Einrichtungen wie dem Zentrum für Entrepreneurship an der Universität Rostock bleibt das Gründungsökosystem vergleichsweise schwach ausgeprägt und weist insbesondere bei der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft Entwicklungspotenzial auf (Stifterverband 2025).

Insgesamt verfügt Mecklenburg-Vorpommern somit über leistungsfähige öffentliche Forschungseinrichtungen, internationale Sichtbarkeit in einzelnen Zukunftsfeldern sowie strategisch benannte innovationspolitische Schwerpunkte. Die zentrale Herausforderung besteht jedoch darin, die schwache private Forschungsbasis zu stärken, technologieorientierte Gründungen auszubauen und die Potenziale in den Bereichen Energie, Gesundheit, maritime Technologien und zunehmend auch Sicherheit und Verteidigung stärker für regionale Innovation und Wertschöpfung nutzbar zu machen.

## 3.2 Kooperationen zwischen Sektoren, Transfer und Start-ups

### 3.2.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **SPD** setzt sich ausführlich mit Kooperation, Transfer und wissenschaftsbasierten Ausgründungen auseinander. Sie will dabei an die Hightech Agenda Deutschland sowie das künftige EU-Forschungsrahmenprogramm anknüpfen und die Forschungsförderung auf bestehende Stärken und Zukunftstechnologien des Landes konzentrieren. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen durch regionale Kompetenzzentren, Prototypen und Pilotprojekte schneller in die wirtschaftliche Anwendung überführt werden; zugleich sollen mehr Start-ups aus Wissenschaftseinrichtungen entstehen. Dafür will die SPD Beratungsstrukturen stärker vernetzen und den Zugang zu Risiko- und Beteiligungskapital sowie zu Finanzierungsinstrumenten für Scale-ups verbessern (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 9, 13, 73 f.).

Die **Linke** behandelt Kooperationen, Transfer und wissenschaftsbasierte Ausgründungen nur am Rande, etwa bei der Förderung digitaler Innovationen. Konkreter wird sie bei der Gesundheitswirtschaft, die sie unter anderem durch Telemedizin-Start-ups stärken will. Eine übergreifende Transfer- oder Gründungsstrategie ist nicht erkennbar (vgl. Wahlprogramm Die Linke, S. 9, 27)

Die **AfD** legt ihren Schwerpunkt auf den Technologietransfer in der Gesundheitswirtschaft. Forschungsergebnisse der Universitäten Rostock und Greifswald sollen mithilfe einer Technologie-Transfer-Stelle und Industriestipendien in marktfähige Produkte und Unternehmensausgründungen überführt werden. Zudem will die Partei BioCon Valley als Verbindung zwischen Wissenschaft und Markt ausbauen. Weitere Ansätze finden sich in einzelnen Anwendungsfeldern, etwa bei der Vernetzung von Forschung und Praxis in der Landwirtschaft sowie bei der Förderung kerntechnischer Kompetenzen. Ergänzend schlägt die AfD regionale MINT-Cluster vor (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 15, 29, 75, 84 f.).

Die **CDU** beschreibt die kleinteilige Wirtschaftsstruktur und die fehlenden betrieblichen FuE-Kapazitäten ausdrücklich als zentrale Transferhemmnisse. Sie will Wissenschaft und Wirtschaft strategisch enger verzahnen und dafür eine Wissenschafts- und Forschungsstrategie entwickeln, beide Politikfelder in einem Ressort bündeln sowie Innovationszentren, Forschungsfabriken und regionale Hightech-Cluster aufbauen. Hochschulausgründungen und Start-ups sollen durch Gründerzentren, eine engere Forschungsanbindung und verlässliche Finanzierung bis zur Marktreife begleitet werden; zusätzlich ist ein landeseigener Start-up-Fonds vorgesehen. Insgesamt legt die CDU damit einen umfassenden Ansatz vor, der Kooperation, Technologietransfer, Ausgründungen und regionale Wertschöpfung miteinander verbindet (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 10, 23, 25, 61–68).

Die **Grünen** knüpfen ihre Transferpolitik gezielt an regionale Stärken wie maritime Technologien, nachhaltige Landwirtschaft und Bioökonomie an. Insbesondere maritime Start-ups sollen unterstützt werden, damit neue Ideen schneller in die Anwendung gelangen. Mit einer landesweiten Transferstrategie, regionalen Innovationsclustern und Reallaboren wollen sie Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Gesellschaft stärker vernetzen. Hochschulausgründungen sollen zudem durch Beteiligungsfonds und Scale-up-Programme bessere Entwicklungsbedingungen erhalten (vgl. Wahlprogramm Die Grünen, S. 32, 38).

Die **FDP** sieht erhebliches Innovationspotenzial an Hochschulen und Berufsschulen, das bislang zu selten in Unternehmen und marktfähige Produkte überführt werden. Sie will Ausgründungen und den Technologietransfer vor allem durch weniger rechtliche und bürokratische Hürden, stärkere Gründer- und Innovationszentren sowie ein Gründungsstipendium erleichtern. Eine landeseigene Agentur für Sprunginnovationen soll gemeinsam mit den Hochschulen disruptive Technologien fördern, die an den wirtschaftsstrukturellen Potenzialen Mecklenburg-Vorpommerns anknüpfen. Ergänzend setzt die Partei auf Entrepreneurship an Hochschulen, Gründungssemester und eine stärkere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 7 f., 13, 113 f.).

### 3.2.2. Analyse und Einordnung

Die Parteien unterscheiden sich weniger darin, ob Kooperationen, Transfer und Ausgründungen gestärkt werden sollen, als vielmehr in ihren Vorstellungen darüber, wie dies erreicht werden kann. Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Bedeutung regionaler Netzwerke, der Förderung von Gründungen sowie der Einbindung privater Investitionen in das Innovationssystem.

SPD, CDU und Grüne entwickeln am deutlichsten Ansätze einer übergreifenden Transfer- und Gründungsstrategie. Die SPD verbindet die regionalen Technologie- und Forschungsstärken mit Transfer und Ausgründungen und ordnet ihre Vorhaben durch die Anknüpfung an die Hightech Agenda Deutschland zugleich in einen bundespolitischen Rahmen ein. Die CDU setzt sich besonders ausführlich mit den strukturellen Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns auseinander. Sie erkennt die kleinteilige Wirtschaft als zentrales Transferhemmnis und entwirft ein integriertes Wissenschafts- und Innovationssystem, das an Hightech-Cluster anknüpfen soll. Auch die Grünen zeigen ein gutes Verständnis des Standorts, indem sie ihre Transferstrategie auf regionale Stärken ausrichten und insbesondere maritime Start-ups hervorheben. Bei allen drei Parteien bleiben jedoch Fragen zur konkreten Umsetzung und Finanzierung offen.

Die FDP benennt ebenfalls sinnvolle Ansatzpunkte, bündelt diese aber nicht zu einer erkennbaren Gesamtstrategie. Ihre geplante Agentur für Sprunginnovationen wirft zudem Fragen nach der Abgrenzung zu bestehenden Förderstrukturen auf und könnte neue Doppelstrukturen und unklare Zuständigkeiten schaffen. Die Linke und die AfD behandeln Kooperation, Transfer und Ausgründungen dagegen nicht als eigenständiges strategisches Handlungsfeld. Während die Linke das Thema nur am Rande aufgreift, beschränkt sich die AfD weitgehend auf punktuelle Vorschläge in einzelnen Technologiefeldern.

#### **Position des Stifterverbandes:**

Aus Sicht des Stifterverbandes liegt die zentrale Herausforderung Mecklenburg-Vorpommerns weniger in der Generierung neuer Ideen als darin, die wissenschaftlichen Stärken des Landes wirtschaftlich und gesellschaftlich wirksam zu machen. Angesichts der kleinteiligen, FuE-schwachen Unternehmensstruktur sollte Transferpolitik deshalb die gesamte Innovationskette berücksichtigen und den Weg von der wissenschaftlichen Erkenntnis über Kooperation, Erprobung und Gründung bis zur Skalierung gezielt unterstützen

**Innovationsökosysteme durch regionale Orchestrierung stärken:** Die in den Wahlprogrammen genannten Innovationscluster, Transferstellen, Reallabore, Gründungszentren und regionalen Netzwerke können ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie strategisch aufeinander abgestimmt sind. Im Mittelpunkt sollten daher keine isolierten Einzelinstrumente, sondern regionale Innovationsökosysteme stehen, in denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Intermediäre, Kommunen und Zivilgesellschaft zusammenwirken. Neue Strukturen sollten nur dort entstehen, wo tatsächliche Lücken bestehen.

**Privates Kapital ergänzend mobilisieren:** Angesichts begrenzter öffentlicher Mittel ist eine stärkere Beteiligung privater Akteure an der Finanzierung von Forschung, Transfer und Gründungsförderung wichtig. Privates Kapital kann öffentliche Finanzierung jedoch nur ergänzen und entbindet den Staat nicht von seiner Verantwortung für verlässliche Rahmenbedingungen und eine tragfähige Grundfinanzierung.

**Transfer breiter verstehen:** Transfer sollte nicht auf technologische Produkte und wirtschaftliche Verwertung begrenzt werden. Entsprechend einem breiten Innovationsverständnis können auch soziale Innovationen, GovTech-Lösungen und Prozessinnovationen regionale Wertschöpfung und gesellschaftlichen Nutzen erzeugen. Dafür braucht es Beratungs-, Förder- und Skalierungsangebote, die auch gemeinwohlorientierte Vorhaben sowie Ideen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften einbeziehen.

### 3.3 Resilienz & sicherheitsrelevante Forschung

#### 3.3.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **SPD** setzt ihren Schwerpunkt auf digitale Souveränität und Cyberresilienz. Sie will technologische Abhängigkeiten verringern, staatliche IT-Strukturen besser gegen Angriffe schützen und Cybersicherheit als wissenschaftliches Qualifikationsfeld stärken. Eine Verbindung zur sicherheitsrelevanten oder zivil-militärischen Forschung stellt sie jedoch nicht her (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 27, 46, 56–58, 72).

Die **Linke** entwickelt keine eigene Position zu sicherheitsrelevanter Forschung oder zur Verzahnung ziviler und militärischer Forschung. Sie ordnet Forschung grundsätzlich den Zielen Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit unter (vgl. Wahlprogramm Die Linke, S. 18).

Die **AfD** entwickelt keine ausdrückliche Position zu sicherheitsrelevanter oder zivil-militärischer Forschung. Sie erwähnt jedoch eine stärkere zivil-militärische Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und setzt im maritimen Bereich auf den Spezialschiffbau für Marine, Munitionsbergung, Küstenschutz und Forschung (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 15, 39)

Die **CDU** will bestehende Rüstungsunternehmen unterstützen und weitere Unternehmen der Branche ansiedeln. Eine Zivilklausel schließt sie ausdrücklich aus, ohne die daraus folgenden Konsequenzen für Forschung und Hochschulen näher zu erläutern (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 12, 64).

Die **Grünen** setzen auf digitale Souveränität und wollen Abhängigkeiten von globalen Technologiekonzernen durch Open Source und offene Standards verringern. Für den Ostseeraum planen sie ein umfassendes Schutzkonzept für kritische Infrastrukturen mit besonderem Fokus auf zivil-militärische Zusammenarbeit. Im maritimen Bereich verbinden sie Forschung und Praxis und nennen dabei unter anderem Spezialschiffe und Munitionsbergung als Innovationsfelder, ohne eine direkte Position zu sicherheitsrelevanter Forschung zu formulieren (vgl. Wahlprogramm Die Grünen, S. 32, 46, 109)

Die **FDP** will Transfer-Hubs und Reallabore für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien fördern und in maritimen Wertschöpfungszentren Werften, Zulieferindustrie, Forschung und neue Technologien zusammenbringen. Im Bereich Cybersicherheit setzt sie auf eine stärkere Hochschulförderung für moderne Verschlüsselungsalgorithmen sowie nationale und internationale Kooperationen (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 5, 15, 135 f.).

#### 3.3.2. Analyse und Einordnung

Da sicherheitsrelevante Forschung ein breites Spektrum umfasst, richtet die folgende Wahlprogrammanalyse den Blick gezielt auf ihre forschungs- und innovationspolitische Dimension. Untersucht wird zudem, ob die Parteien Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheitsakteuren sowie die Verzahnung ziviler und militärischer Forschung thematisieren.

Die meisten Parteien erkennen die veränderte Sicherheitslage und die wachsende Bedeutung technologischer Resilienz an. Sicherheit wird dabei häufig mit den standortspezifischen Stärken Mecklenburg-Vorpommerns verbunden, insbesondere mit der maritimen Wirtschaft, den Häfen und dem Schutz kritischer Infrastruktur. Unterschiede zeigen sich vor allem im Konkretisierungsgrad: Während die FDP Transferstrukturen für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien vorsieht und die CDU eine Zivilklausel ausdrücklich ausschließt, bleiben die Aussagen der übrigen Parteien überwiegend allgemein oder auf einzelne Bereiche wie Cybersicherheit, Katastrophenschutz und maritime Infrastruktur beschränkt.

Insgesamt bleibt sicherheitsrelevante Forschung in den Wahlprogrammen ein randständiges Thema. Dies ist bemerkenswert, da nahezu alle Parteien sowohl die wachsenden geopolitischen und technologischen Unsicherheiten als auch die wissenschaftlichen und innovativen Potenziale Mecklenburg-Vorpommerns

hervorheben. Beide Perspektiven werden jedoch nur selten miteinander verbunden. Obwohl Forschung, Transfer und regionale Innovationskraft in den Programmen einen hohen Stellenwert einnehmen, wird sicherheitsrelevante Forschung kaum als strategisches Bindeglied zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und den sicherheitspolitischen Herausforderungen des Landes betrachtet. Die Bedeutung sicherheitsrelevanter Forschung für die zukünftige Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns wird also bislang nur punktuell erfasst. Damit bleibt weitgehend offen, welche Rolle Hochschulen, Forschungseinrichtungen und technologieorientierte Unternehmen künftig für die sicherheitspolitische Resilienz des Landes übernehmen sollen.

#### **Position des Stifterverbandes:**

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte sicherheitsrelevante Forschung als Teil eines leistungsfähigen und resilienten Innovationssystems verstanden werden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen benötigen klare Rahmenbedingungen, um verantwortungsvoll mit sicherheitsrelevanten Fragestellungen umgehen zu können.

Eine Analyse von Stifterverband und McKinsey zeigt, dass Deutschland zwar über eine breite wissenschaftliche Basis verfügt, Forschung, Erprobung und Anwendung aber noch unzureichend miteinander verbunden sind. Mehr als die Hälfte der 419 untersuchten Hochschulen forscht in Feldern, die auch sicherheits- oder verteidigungsrelevant genutzt werden können. Bei höheren Investitionen und einem besseren Transfer beziffert die Studie das zusätzliche Wertschöpfungspotenzial für Deutschland auf bis zu 22 Milliarden Euro jährlich. Diese bundesweite Schätzung lässt sich nicht unmittelbar auf Berlin (und Brandenburg) übertragen, verdeutlicht aber die wirtschaftliche Bedeutung eines besser verbundenen Forschungs- und Innovationssystems (Stifterverband & McKinsey & Company, 2026).

## 4. FAZIT: ZUKUNFTSBILDER FÜR DEN WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSSTANDORT MECKLENBURG-VORPOMMERN

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über leistungsfähige Hochschulen und eine überwiegend öffentlich finanzierte Forschung, deren wirtschaftliche Wirkung jedoch durch eine schwache private FuE-Basis, begrenzten Transfer und ein wenig ausgeprägtes Gründungsökosystem eingeschränkt bleibt. Die zentrale Herausforderung des Landes besteht dabei weniger im Aufbau zusätzlicher Forschungskapazitäten als in der stärkeren Übersetzung wissenschaftlicher Stärken in Innovation, Gründungen, Unternehmenswachstum und regionale Wertschöpfung. An dieser Frage entscheidet sich letztlich die Zukunftsfähigkeit des Innovationsstandorts Mecklenburg-Vorpommern. Die folgende Übersicht zeigt, welche Antworten die Parteien darauf geben.

| Partei            | Rahmenbedingungen für Wissenschaft                                                                                                                 | Kooperationen & Transfer                                                                                                                                                                   | Technologie- und Innovationsschwerpunkte                                                                                                                 | Zukunftsbild für MV                                                                                                                                |
|-------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>SPD</b>        | Gezielte Investitionen; Hochschulbau und Exzellenzförderung; bessere Karrierebedingungen; Wissenschaftsfreiheit und Resilienz                      | <b>Übergreifende Transfer- und Gründungsstrategie:</b> Kompetenzzentren, Pilotprojekte, Ausgründungen und Risikokapital; Anbindung an Bundes- und EU-Förderung                             | Maritime Wirtschaft und Schiffbau; erneuerbare Energien; KI und digitale Wirtschaft; Bioökonomie; Gesundheitswirtschaft und One Health; Fusionsforschung | <b>Diversifizierter Industrie- und Innovationsstandort</b> , getragen von regionalen Branchen und wissenschaftlichen Leuchttürmen                  |
| <b>Die Linke</b>  | Soziale Absicherung; Dauerstellen und Tarifbindung; bessere Grundausstattung; gemeinwohlorientierte Wissenschaft                                   | <b>Punktueller Ansatz ohne Gesamtstrategie:</b> Telemedizin-Start-ups und einzelne digitale Innovationen; Kooperation mit Gesellschaft, Kommunen und Praxis                                | Gesundheitswirtschaft; Wirkstoffproduktion; Telemedizin; Games; erneuerbare Energien; Speicher und Wasserstoff; ziviler Schiffbau                        | <b>Sozial-ökologischer Innovationsstandort</b> , ausgerichtet auf Gemeinwohl, regionale Kreisläufe und gesellschaftlichen Nutzen                   |
| <b>AfD</b>        | Kritik an unzureichender Grundfinanzierung; Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende; Karrierebedingungen und Wissenschaftsfreiheit kaum behandelt | <b>Punktueller Ansatz ohne Gesamtstrategie:</b> Transferstelle und Industriestipendien für die Gesundheitswirtschaft; Ausbau von BioCon Valley; regionale MINT-Cluster                     | Robotik; Automatisierung; KI; Life Sciences; Pharma und Medizintechnik; Spezialschiffbau; Kernenergie; Rechenzentren                                     | <b>Industrie- und produktivitätsorientierter Technologiestandort</b> , konzentriert auf Ansiedlungen, ausgewählte Branchen                         |
| <b>CDU</b>        | Konkrete Erhöhung der Landesmittel; strategische Schwerpunktbildung; mehr Hochschulautonomie und digitale Infrastruktur                            | <b>Übergreifende Transfer- und Gründungsstrategie:</b> Bündelung von Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort; Forschungsfabriken, Hightech-Cluster, Gründerzentren und Start-up-Fonds | KI; Data Science; Cybersecurity; Universitätsmedizin und Pharma; Fusionsforschung; Hightech- und Rüstungsindustrie                                       | <b>Integriertes Wissenschafts- und Innovationssystem</b> , mit Hochschulen als Motoren für Transfer, Gründungen und Wertschöpfung                  |
| <b>Die Grünen</b> | Dynamische Grundfinanzierung; langfristige Zielvereinbarungen; Dauerstellen; moderne Infrastruktur und Open Science                                | <b>Standortbezogene Transfer- und Gründungsstrategie:</b> regionale Cluster, Reallabore, Beteiligungsfonds und Scale-up-Förderung; ausgerichtet auf regionale Stärkefelder                 | Maritime Technologien und Blue Economy; Offshore-Wind; Bioökonomie; Kreislaufwirtschaft; KI; Infektionsforschung                                         | <b>Nachhaltiger und klimaneutraler Innovationsstandort</b> , der Forschung, regionale Transformation und gesellschaftliche Verantwortung verbindet |

|            |                                                                                                                                  |                                                                                                                                                     |                                                                                                                                    |                                                                                                                                                                   |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>FDP</b> | Hochschulautonomie und Globalhaushalte; Wissenschaftsfreiheit; Bürokratieabbau; Finanzierungs- und Karrierefragen wenig vertieft | <b>Breites, aber nicht gebündeltes Instrumentarium:</b> Transfer-Hubs, Reallabore, Sprunginnovationsagentur, Technologie-Scouting und Wagniskapital | Maritime und Verteidigungstechnologien; KI; Robotik; Drohnen; 6G; Wasserstoff; Batterien; Fusion; Kryptografie und Cybersicherheit | <b>Markt- und wettbewerbsorientierter Hightech-Standort im Ostseeraum</b> , mit schneller Erprobung, Marktreife und wirtschaftlicher Anwendung neuer Technologien |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Insgesamt zeigen die Wahlprogramme ein deutliches Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Innovation für die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns. Die Unterschiede liegen weniger in einzelnen Förderinstrumenten als in den Vorstellungen darüber, wie Innovation entsteht und welche Rolle Hochschulen, Unternehmen und Staat dabei übernehmen sollen.

Besonders überzeugend sind jene Ansätze, die von den konkreten Strukturbedingungen des Landes ausgehen: einer leistungsfähigen öffentlich finanzierten Wissenschaft, einer kleinteiligen und forschungsschwachen Unternehmenslandschaft sowie ausgeprägten Kompetenzen in der maritimen Wirtschaft, der Energie- und Gesundheitsforschung. Mehrere Programme entwickeln darauf aufbauend schlüssige Ansätze, um Wissenschaft, Wirtschaft und Gründungsförderung strategisch enger miteinander zu verbinden. Häufig bleibt jedoch offen, wie die vorgeschlagenen Instrumente finanziert, koordiniert und dauerhaft in ein zusammenhängendes Innovationsökosystem überführt werden sollen.

Sicherheit und Resilienz sind im wissenschafts- und innovationspolitischen Kontext dagegen vergleichsweise schwach ausgearbeitet. Das ist besonders bemerkenswert, weil Mecklenburg-Vorpommern mit seinen maritimen Forschungsprofilen, sicherheitsrelevanten Infrastrukturen sowie den Wirtschafts- und Sicherheitsakteuren im Ostseeraum besondere Voraussetzungen besitzt, wissenschaftliche und technologische Beiträge zur Resilienz Deutschlands und Europas zu leisten. Zwar greifen die Wahlprogramme Cybersicherheit, kritische Infrastrukturen, maritime Sicherheit und Verteidigungstechnologien vereinzelt auf, verbinden diese Felder jedoch nur selten mit Forschung, Transfer und wirtschaftlicher Anwendung. Damit bleibt ein potenziell wichtiges Entwicklungsfeld des Standorts bislang weitgehend unerschlossen.

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte Mecklenburg-Vorpommern seine wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Stärken in wenigen strategischen Zukunftsfeldern bündeln. Entscheidend ist nicht allein die Auswahl der Technologiefelder, sondern die Fähigkeit, Wissenschaft, Unternehmen, Gründungen, Kapital und öffentliche Förderung entlang gemeinsamer Entwicklungsziele zusammenzuführen. Nur wenn wissenschaftliche Erkenntnisse systematisch in Innovation, Wachstum und regionale Wertschöpfung überführt werden, kann das Land seine wissenschaftlichen Potenziale langfristig wirtschaftlich und gesellschaftlich wirksam machen.

Wahlprogramme formulieren politische Zielvorstellungen und Schwerpunkte, ersetzen jedoch keine ausformulierten Regierungs- oder Innovationsstrategien. Sie geben wichtige Hinweise darauf, welche Leitbilder und Prioritäten die Parteien in die Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Innovationsstandorts Mecklenburg-Vorpommern einbringen könnten.

## Was bedeuten die Ergebnisse ...

### ...für die nächste Landes-Innovationsstrategie?

Da die aktuelle Regionale Innovationsstrategie Mecklenburg-Vorpommerns bis 2027 läuft, sollte die nächste Landesregierung die anstehende Fortschreibung nutzen, um die Vorschläge für Cluster, Transferstellen, Reallabore und Gründungsförderung strategisch zu bündeln. Dafür braucht es eine bessere Orchestrierung bestehender Strukturen und angesichts der kleinteiligen, FuE-schwachen Wirtschaft ein belastbares Finanzierungskonzept, das privates Kapital und Wagniskapital mobilisiert, ohne die öffentliche Verantwortung für Hochschulen und Forschungsinfrastrukturen zu ersetzen. Öffentliche und private Mittel sollten dabei gezielt auf wenige standortspezifische Entwicklungsfelder konzentriert werden.

### **... für Hochschulen und Forschungseinrichtungen?**

Aufgrund der geringen privaten FuE-Kapazitäten kommt den Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine Schlüsselrolle im Innovationssystem Mecklenburg-Vorpommerns zu. Im Zuge der Fortschreibung der Regionalen Innovationsstrategie sollten sie ihre wissenschaftlichen Profile und Kooperationsangebote stärker für Wirtschaft und Gesellschaft öffnen, regionale Unternehmen frühzeitig in Forschungs- und Entwicklungsprozesse einbinden und den Wissens- und Technologietransfer ausbauen. Insbesondere in den Stärkefeldern Energie, Gesundheit, maritime Technologien und Digitalisierung gilt es, gemeinsame Entwicklungspotenziale sichtbar zu machen und wissenschaftliche Erkenntnisse stärker in wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendungen zu überführen.

### **... für Unternehmen?**

Für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ist besonders relevant, ob die künftige Landesregierung die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen erleichtert und den Zugang zu Fachkräften, Forschungsinfrastrukturen, Netzwerken und Finanzierung verbessert. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen könnte dies darüber entscheiden, ob sie stärker an Innovation und Technologietransfer partizipieren können.

### **... für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?**

Für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist entscheidend, ob Wissenschaft und Innovation dazu beitragen, gute Arbeitsplätze zu schaffen, Fachkräfte im Land zu halten und neue Perspektiven in Stadt und ländlichen Räumen zu eröffnen. Die Wahlprogramme unterscheiden sich darin, welche Rolle Wissenschaft dabei übernehmen soll und wie wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlicher Nutzen und ökologische Transformation miteinander verbunden werden.

Wissenschafts- und Innovationspolitik steht selten im Mittelpunkt von Wahlkämpfen. Für Mecklenburg-Vorpommern entscheidet sie jedoch maßgeblich darüber, ob aus wissenschaftlicher Stärke künftig mehr Innovation, gute Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung entstehen. Die Wahlprogramme zeigen unterschiedliche Wege auf. Die nächste Landesregierung muss daraus klare Prioritäten entwickeln und bestimmen, welche Rolle Mecklenburg-Vorpommern künftig im deutschen und europäischen Innovationssystem einnehmen will.

## LITERATURVERZEICHNIS

### **Wahlprogramme:**

SPD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Aufschwung, Zusammenhalt und Respekt. Entscheidung für MV. Regierungsprogramm 2026–2031.

Die Linke Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Sozial. Gerecht. Antifaschistisch. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026. Stand: Juni 2026.

AfD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Bereit für die blaue Wende. AfD-Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2026.

CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Besser. Nur mit uns. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Klare Kante Zukunft. Für Mensch und Natur in MV. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026. Stand: 16. Juli 2026.

FDP Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Freiheit. Leistung. Erfolg. Programm zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026.

### **Sekundäre Literatur und Quellen:**

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) (Hrsg.). (2026). Bundesbericht Forschung und Innovation 2026. Berlin. <https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/wp-content/uploads/Bundesbericht-Forschung-und-Innovation-2026.pdf>

Centrum für Hochschulentwicklung (2026). Hochschuldaten für Mecklenburg-Vorpommern. CHE Hochschuldaten. Abgerufen am 1. September 2026 unter <https://hochschuldaten.ch.de/mecklenburg-vorpommern/>

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) (2025a). *Internationale Studierende als Fachkräfte für Deutschland. Zahlen und Fakten.* [https://static.daad.de/media/daad\\_de/infos-services-fuer-hochschulen/expertise-zu-themen-laendern-regionen/daad\\_fachkraefte\\_factsheet.pdf](https://static.daad.de/media/daad_de/infos-services-fuer-hochschulen/expertise-zu-themen-laendern-regionen/daad_fachkraefte_factsheet.pdf)

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) und Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) (2025b). *Erneut hohe Zahl internationaler Studierender in Deutschland: Abbruchquoten niedriger als bislang angenommen.* <https://www.daad.org.tw/de/2025/12/15/erneut-hohe-zahl-internationaler-studierender-in-deutschland-abbruchquoten-niedriger-als-bislang-angenommen/>

Deutsche Forschungsgemeinschaft (2024). Förderatlas 2024: Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland. <https://www.dfg.de/de/aktuelles/zahlen-fakten/foerderatlas>

Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern (WM MV) (2020). Regionale Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2021–2027

Stifterverband (2025). Gründungsradar 2025. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. <https://www.stifterverband.org/medien/gruendungsradar-2025>

SV Wissenschaftsstatistik (2026): Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2024. Essen: Stifterverband. DOI: 10.60598/fue.facts.2024

---

## Impressum

Essen, 2026

### Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.  
Baedekerstraße 1 . 45128 Essen  
T 0201 8401-0 . [mail@stifterverband.de](mailto:mail@stifterverband.de)  
[www.stifterverband.org](http://www.stifterverband.org)

### Autorinnen und Autoren

Dr. Pascal Hetze  
Dr. Svetoslava Antonova Baumann  
Anastasia Tomskikh  
Jan-Frederick Thurmann

### Redaktion

Simone Höfer

### Zitationshinweis

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wahlprogrammanalyse Mecklenburg-Vorpommern. Eine Untersuchung wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien. Essen, 2026.

Disclaimer: Für die sprachliche Überarbeitung dieses Textes wurde ChatGPT 5.6 Think im Microsoft Copilot genutzt. Die inhaltliche Verantwortung verbleibt bei den Autorinnen und Autoren

---